

UNS REICHT'S!

Das Sparpaket im Überblick - Kürzungen vor allem bei HARTZ4

Unser Land muss sparen. Die Bundesregierung hat dazu Pläne ausgearbeitet. Danach werden Menschen in den „unteren Schichten“ viel stärker herangezogen, als Vermögende. Vor allem soll bei Hartz-IV, Elterngeld, Wohngeld und der Sozialhilfe eingespart werden.

Insgesamt will Schwarz-Gelb in den nächsten sechs Jahren 51 Milliarden Euro kürzen. Davon sollen im kommenden Jahr bereits elf Milliarden Euro "eingespart" werden. Damit dürften die bisher bekannten Pläne nur den Anfang einer weiteren Sparwelle darstellen. 1/3 der Einsparungen soll im Sozialbereich gekürzt werden, einige Beispiele:

Das **Elterngeld** für Hartz4 Eltern wird komplett



gestrichen, also 300€ im Monat für ein Jahr. Gut verdienenden Eltern werden 2% gestrichen, was nur zwischen 9 und 54 € ausmacht.

Beiträge in die **Rentenversicherung**. Für jeden Hartz4 Empfänger bezahlt der Bund in die Rentenversicherung. Das soll gestrichen werden, weil es ja sowieso nur wenig ausmacht (für jedes Jahr Hartz4 Bezug erhöht sich die monatliche Rente um 2,19 €). Nachteil: Da der Bund dieses Geld künftig nicht mehr zahlt, fehlen der Rentenkasse dann sofort 1,8 Mrd. €/Jahr, die die Beschäftigten aufbringen müssen. Gleichzeitig haben die Gemeinden mehr Geld für die Grundsicherung an Rentner bereitzustellen.

Das **Übergangsgeld** bekommen Arbeitslose, wenn sie vom Arbeitslosengeldbezug nach einem Jahr in Hartz-IV-Bezug rutschen. Bisher machte dies bis zu 160 € /Monat im ersten Jahr und bis zu 80 €/Monat im

2. Jahr des Hartz-IV-Bezuges aus. Dieses Geld sollen komplett entfallen. Folge: Menschen rutschen beschleunigt auf Hartz-IV-Niveau ab.

Ebenfalls soll der **Heizkostenzuschuss** für Bezieher von



Wohngeld gestrichen werden, weil sich angeblich die Energiekosten "normalisiert" haben. Dabei liegt der Ölpreis derzeit bei etwa 34% über dem Preisniveau vom 1.1.2009. Diese Kürzung macht bei Einzelpersonen 24 €, bei einer 4-köpfigen Familie 43€ im Monat aus.

Einerseits belasten CDU und FDP in Berlin etwa 1/4 der Bevölkerung, die zu den unteren Einkommenschichten zählen, mit Kürzungen. Andererseits will die Regierung aber Vermögende verschonen und verteilt sogar noch Steuergeschenke (wie z.B. die Absenkung der Mehrwertsteuer für Hotelbetriebe). Und das alles, obwohl die Politiker wissen, dass der Reichtum selbst während der Krise zugenommen hat.

Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer würde alleine etwa 16 Mrd. € pro Jahr bringen und damit die Hälfte der Einsparungen im Sozialetat bringen. Die Verursacher der Krise – die Spekulanten und Banken werden nicht oder nur sehr zögerlich herangezogen und dass auch erst ab 2012 – ein Jahr später als die Bevölkerung.

Gleichzeitig gewährt die Bundesregierung der Skandalbank HYPORREAL-ESTATE Anfang September in einer Nachtsitzung mal eben so 40 Mrd. zusätzlicher Kreditmittel.

Es ist höchste Zeit etwas zu unternehmen und laut zu werden. Beteiligen Sie sich an den vielen Protest-Aktionen im Herbst. In Zeitung, Internet und bei den Oppositionsparteien gibt es Informationen dazu.

Oder auch unter norden@attac.de